



Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

Vierte Reihe  
Deutschland seit 1945

*Im Auftrag der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien  
herausgegeben von*

*Winfried Becker, Hans Günter Hockerts,  
Marie-Luise Recker*

---

Band 8/VII

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Sitzungsprotokolle 1976–1980

*Herausgegeben von der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien  
sowie dem  
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung*

---

Droste Verlag Düsseldorf

Die SPD-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Sitzungsprotokolle  
1976–1980

Eingeleitet von  
Barbara von Hindenburg

Bearbeitet von  
Barbara von Hindenburg  
Sven Jüngerkes



Copyright © 2025 by  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien e. V.  
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin  
[www.kgparl.de](http://www.kgparl.de)  
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2025  
[www.drosteverlag.de](http://www.drosteverlag.de)  
ISBN 978-3-7700-5370-4

## Vorwort

Mit der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der SPD-Bundestagsfraktion aus den Jahren 1976 – 1980 präsentiert die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) eine weitere Edition, die aus dem Überlieferungsschatz der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und der CSU-Landesgruppe schöpfen kann. Die Sitzungsprotokolle sind eine erstrangige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kein anderes Nationalparlament in Europa verfügt über einen vergleichbar aussagekräftigen Fundus an Dokumenten über die Funktion und Arbeitsweise politischer Parteien im parlamentarischen Betrieb – ein einzigartiger Bestand der kulturellen Überlieferung deutscher Parlamentsgeschichte.

Aus der Bundestagswahl 1976 ging die sozial-liberale Koalition zwar erneut als stärkste Kraft hervor, errang aber mit Bundeskanzler Helmut Schmidt an der Spitze nur eine knappe Mehrheit. Die Ölpreiskrisen 1973 und 1979 sowie der Strukturbruch nach dem Boom belasteten die sozial-liberale Koalition und bremsten die SPD-Fraktion in ihrem Reformeifer. Die Anfangsjahre der achten Wahlperiode wurden zudem durch den sogenannten Deutschen Herbst 1977 von Terrorakten überschattet. In der SPD-Fraktion folgten intensive Debatten über die innere Sicherheit und Freiheitsrechte. Darüber hinaus gab es viele Fraktionssitzungen, die ein Ringen um die künftigen Wege aufzeigen. Im Innern der Fraktion, innerhalb der sozial-liberalen Koalition sowie zwischen Fraktion und Regierung wurde heftig debattiert: über eine auf die Zukunft ausgerichtete Energiepolitik, über die Finanzierung sozialer Transferleistungen angesichts zunehmender Staatsverschuldung, über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, über die richtige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Zeit internationaler wirtschaftlicher und politischer Krisen. Dabei brachen immer wieder Konfliktlinien in der Fraktion und mit dem Koalitionspartner auf. Die Fraktion verhandelte wiederholt die Grenzen der Zustimmung in ihren verschiedenen Gruppierungen, gemeinsame Wege zu finden und parlamentarische Mehrheiten zu sichern.

Für die Zeit von 1976 bis 1980 kann auf 144 Sitzungsprotokolle zurückgegriffen werden. Der Bestand, der im Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn verwahrt wird, umfasst die Tonbänder, auf denen 420 Stunden Fraktionssitzungen überliefert sind, außerdem dazugehörige Unterlagen und Korrespondenzen. Dass die Originalschriften und die Tonbandaufnahmen der KGParl uneingeschränkt zugänglich waren, ist der bewährten Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der SPD-Bundestagsfraktion zu verdanken. Weil der Bestand so umfangreich ist, musste eine Auswahl kommentierter Protokolle getroffen werden. Wie die gesamte Überlieferung der Fraktionen seit 1949 werden auch die nicht in dieser gedruckten Edition veröffentlichten Sitzungsprotokolle der SPD-Bundestagsfraktion aus den Jahren 1976 bis 1980 parallel unter [www.fraktionsprotokolle.de](http://www.fraktionsprotokolle.de) öffentlich zugänglich sein.

Grundlage der Editionsarbeit der KGParl ist die Bereitstellung zweckgebundener Mittel durch den Deutschen Bundestag. Dank der langfristig angelegten Förderung kann das Forschungsvorhaben über das Ende der »alten« Bundesrepublik 1990 bis ins Jahr 2005 fortgesetzt werden. Das Editionsteam der Kommission wird dabei von einem Editionsbeirat unterstützt, dem Vertreter der beteiligten Bundestagsfraktionen und der Archive der Partiestiftungen sowie der Vorstand der KGParl angehören. Ihnen sei für ihr großes Interesse an dem Projekt und die umfassende Unterstützung herzlich gedankt.

Berlin, im August 2025

Dominik Geppert  
Vorsitzender der KGParl



29. September 1977: Abgeordnete des Deutschen Bundestages, u. a. Horst Ehmke (SPD), beraten sich im Plenarsaal zum Kontaktsperregesetz. (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Fotograf: Lothar Schaack)

## Inhalt

Vorwort . . . . .	5*
Einleitung . . . . .	11*
I. Ausgangssituation . . . . .	11*
II. Die Zusammensetzung der Fraktion in der achten Wahlperiode . . . . .	17*
1. Beruf, Alter, Konfession . . . . .	20*
2. Geschlecht . . . . .	22*
III. Die Organisation der Fraktion . . . . .	25*
1. Ablauf der Fraktionssitzungen . . . . .	25*
2. Die Dokumentation der Fraktionssitzungen . . . . .	30*
3. Binnenorganisation: Die Parlamentarische Geschäftsführung . . . . .	31*
4. Fraktionsvorsitz und Fraktionsvorstand . . . . .	34*
5. Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Ausschüsse – Vorsitzende und Obaleute .	37*
6. Finanzierung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion . . .	41*
7. Fraktionen in der Fraktion? – Flügel und Strömungen . . . . .	44*
IV. Regierungsbildung und Koalitionsmanagement . . . . .	48*
1. Sozial-liberale Koalition . . . . .	48*
2. Kabinett Schmidt II . . . . .	49*
V. Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit . . . . .	53*
1. Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik nach dem Boom . . . . .	54*
2. Suche nach Geschlossenheit in den Gesetzgebungsprozessen . . . . .	58*
3. Anschläge der RAF 1977 und Antiterrorgesetze . . . . .	61*
4. Rechtsextremismus . . . . .	69*
5. Verjährungsdebatte und nationalsozialistische Vergangenheit . . . . .	71*
6. Energiepolitik – Ölpreiskrise, Kernenergie und Umweltbewegung . . .	75*
7. Internationale Beziehungen und Verflechtungen – Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	81*
VI. Sommer 1980 und Ausblick auf den Wahlkampf . . . . .	89*
Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse . . . . .	95*
A. Hinweise zur Edition . . . . .	97*
B. Verzeichnis der Dokumente . . . . .	101*
C. Verzeichnis der Archivalien . . . . .	105*
D. Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	106*
E. Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	109*

## Inhalt

---

Dokumente . . . . .	1
Protokolle der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 1976–1980 . . . . .	1
Personenregister . . . . .	895
Sachregister . . . . .	907

Die SPD-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
1976–1980

*Einleitung*

---

von Barbara von Hindenburg



20. Oktober 1977: Die Abgeordneten des Bundestages erheben sich zu einer Schweigeminute, um der Befreiung der Geiseln aus einem von Terroristen gekaperten Flugzeug der Lufthansa in Mogadischu (Somalia) zu gedenken und der Ermordung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Hanns Martin Schleyer. (Bundespresse- und Informationsamt, Fotograf: Ulrich Wienke)

## Einleitung

### I. Ausgangssituation

Nach der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 standen beide Kanzlerkandidaten – Helmut Schmidt (SPD) und Helmut Kohl (CDU) – nicht als Gewinner da. Hatte die Bundestagswahl 1972 zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Mehrheit für die SPD gebracht, so lag sie bei der Wahl 1976 wieder unter den Ergebnissen der Unionsparteien. Die CDU/CSU erreichte mit 48,6 Prozent der Zweitstimmen zwar das zweitbeste Ergebnis seit 1949<sup>1</sup>, dennoch musste sie in der Oppositionsrolle bleiben. Umgekehrt konnte die Koalition von SPD und FDP die absolute Mehrheit behaupten, hatte aber die Wahl nur knapp gewonnen: mit gerade einmal zehn Mandaten mehr als die CDU/CSU. Dabei hatte auch die SPD mit 42,6 Prozent fast das zweitbeste Ergebnis seit 1949 erreicht.<sup>2</sup> Die Wahlbeteiligung war mit 90,7 Prozent der Wahlberechtigten sehr hoch. Rückblickend betrachtet waren die 1970er Jahre der Höhepunkt des stabilen Drei-Parteien-Systems der Bonner Republik.

Die SPD war mit dem Slogan »Modell Deutschland« in den Wahlkampf gezogen.<sup>3</sup> Unter diesem Motto stand auch der Wahlparteitag der SPD in Dortmund am 18. und 19. Juni 1976. Hier präsentierte sich die SPD als Regierungspartei: Bundeskanzler Schmidt entwarf das künftige Regierungsprogramm, das an die bisherigen Leistungen anschloss. In den 1970er Jahren hatte die SPD zahlreiche neue Mitglieder gewonnen, die sie auch im Wahlkampf für sich einsetzte. Sie sollten im Wahlkampf 1976 Kampagnennadeln tragen und SPD-Aufkleber auf ihr Auto kleben.<sup>4</sup> Besonders in den Städten taten sich SPD-Mitglieder mit der Teilnahme an Straßendiskussionen hervor. Die Mobilisierung fiel ihr jedoch schwerer als im Wahlkampf 1972, weil es keine vergleichbar großen Ziele wie die Durchsetzung der Ostpolitik gab und es mehr darum ging, das Erreichte zu verteidigen. Zudem war schon absehbar, dass die wirtschaftliche Lage nicht günstig war.<sup>5</sup> Der Wahlkampf war ein »themenloses Personalplebisitz«, hieß es in einer zeitgenössischen Ana-

- 
- 1 Der 8. Deutsche Bundestag hatte 496 Abgeordnete und 22 Berliner Abgeordnete: CDU/CSU 243 (+ 11 Berliner Abgeordnete), SPD 214 (+ 10), FDP 39 (+ 1) Abgeordnete. Die Berliner Abgeordneten waren bis auf Abstimmungen zur Geschäftsordnung aufgrund des Vier-Mächte-Status nicht stimmberechtigt. Insofern standen 253 stimmberechtigte Abgeordnete der SPD/FDP-Koalition 243 stimmberechtigten Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion gegenüber. Am 11. Juli 1978 trat Herbert Grubl aus der CDU aus, behielt aber sein Bundestagsmandat als fraktionsloser Abgeordneter. Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1999, Bd. 1, S. 925. Der Langtitel befindet sich bei mehrfach aufgeführten Titeln im Literaturverzeichnis.
  - 2 SPD 1969: 42,7 Prozent, 1972: 45,8 Prozent, 1976: 42,6 Prozent. Beide Parteien erzielten das beste Ergebnis bei bundesrepublikanischen Wahlen, wenn der Stimmenanteil in Prozent aller Wahlberechtigten berechnet wurde. Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1999, Bd. 1, S. 155.
  - 3 Zum Begriff »Modell Deutschland« vgl. MAYER, Tilman/PAQUÉ, Karl-Heinz/APELT, Andreas H. (Hrsg.): Modell Deutschland, Berlin 2013.
  - 4 Vgl. GATZKA, Claudia: Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019, S. 480, zum Wahlkampf ebd., S. 475–495.
  - 5 Vgl. WILD: Der Bundestagswahlkampf 1976, S. 147.

lyse: für *Schmidt* oder für *Kohl*.<sup>6</sup> In der heißen Phase des Wahlkampfs schien es in der SPD notwendig, sich darauf zu besinnen, was finanziell noch möglich war, da die hohe Arbeitslosigkeit und damit verbundene Steuerausfälle sowie Mehrausgaben durch Sozialleistungen kaum weiteren Spielraum zuließen.<sup>7</sup> Die Vorzeichen hatten sich durch den ersten Ölpreisschock von 1973 und durch den Strukturbruch nach dem Boom deutlich geändert, nachdem die Rentenreform 1972 noch von »Planungsoptimismus und Wachstumsdenken geprägt« gewesen war.<sup>8</sup>

In der ersten Kabinettsitzung nach der Wahl zogen die Mitglieder der sozial-liberalen Regierungskoalition eine durchaus kritische Bilanz des Wahlkampfs.<sup>9</sup> »Was die SPD braucht, ist eine Perspektive«, äußerte Finanzminister Hans *Apel* auf einer Sitzung des SPD-Parteivorstands.<sup>10</sup> Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen und der knappen Mehrheitsverhältnisse spekulierte die Presse, dass in der kommenden Legislaturperiode keine spektakulären Reformen von der Sozialdemokratie zu erwarten seien und sich die Linke in der Fraktion zurückhalten werde. Horst *Ehmke*, Mitglied im SPD-Parteivorstand und Vertreter der linken Mitte, fasste das in den Appell: »Die Folgerung aus dem Wahlergebnis heißt erstens, zweitens, drittens und viertens: eiserne Disziplin in der Partei und Arschbacken zusammenkneifen.«<sup>11</sup> Die Fraktionsdisziplin sollte in der achten Wahlperiode ein immer wiederkehrendes Konflikthema in der SPD werden.

Die CDU zog mit dem Slogan »Freiheit statt Sozialismus« in den Wahlkampf, die CSU plakatierte leicht abgewandelt »Freiheit oder Sozialismus« und polarisierte mit dieser Rhetorik. Die Unionsparteien wandten sich sowohl gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition als auch das realsozialistische Modell der DDR und betonten ihrerseits die Bindung an das demokratisch-politische System der Bundesrepublik, die Marktwirtschaft und die Westintegration. Die Gleichsetzung von Unfreiheit und Sozialismus stieß selbstverständlich auf empörte Ablehnung bei der SPD, aber auch beim Koalitionspartner FDP.<sup>12</sup>

Mehr als der Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition bewegten aber die Ereignisse bei der bis dahin als Fraktionsgemeinschaft handelnden CDU/CSU<sup>13</sup> das politische Bonn und

---

6 KALTEFLEITER, Werner: Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, Bonn 1977, S. 187.

7 Vgl. WILD: Der Bundestagswahlkampf 1976, S. 153. Dort auch im Weiteren zum Wahlkampf.

8 Vgl. HOCKERTS: Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz, S. 904. DOERING-MANTEUFFEL/RAPHAEL: Nach dem Boom.

9 In einem »Spiegel«-Artikel wurde ausführlich über die Diskussionen im Kabinett berichtet. Vgl. den Artikel »Koalition: Jetzt müssen wir was machen«; »Der Spiegel«, Nr. 42 vom 10. Oktober 1976, S. 21–23. In den Kabinettsprotokollen heißt es nach dem Bericht von Helmut *Schmidt* über die Wahlen lediglich: »Es schließt sich eine ausführliche Aussprache an, an der sich neben dem Bundeskanzler nahezu alle Kabinettsmitglieder beteiligen.« 183. Sitzung, 6. Oktober 1976, DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG, online. Die Kabinettsitzung ist noch der siebten Wahlperiode zugeordnet.

10 Artikel: »Koalition: Jetzt müssen wir was machen«; »Der Spiegel«, Nr. 42 vom 10. Oktober 1976, S. 21–23, S. 22 (Zitat); siehe auch FAULENBACH: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 483.

11 Zitiert nach dem Artikel »Hoffentlich hält das vier Jahre«; »Der Spiegel«, Nr. 41 vom 3. Oktober 1976, S. 6–17, S. 12 (Zitat).

12 Zum Wahlkampf der Parteien vgl. RABENEICK, Manfred: Der Bundestagswahl 1976 der CDU; BENTEL, Karlheinz/BORSTELL, Henning von: Der Bundestagswahlkampf der SPD; BEYER, Hans-Jürgen: Der Bundestagswahlkampf 1976 der F.D.P., in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 10 (1979), Nr. 1, S. 64–74 (CDU), S. 75–87 (SPD), S. 88–100 (FDP). Vgl. zum Wahlkampf des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU auch SCHWARZ, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 206–214.

13 Zum Konstrukt der Fraktionsgemeinschaft vgl. BUCHSTAB, Günter: Ein parlamentarisches Unikum. Die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: Schwarz, Hans Peter (Hrsg.): Die Fraktion als Machtfak-

die publizistische Öffentlichkeit. Die CDU/CSU drohte nach der erneuten Wahlniederlage auseinanderzufallen. So zeigte der »Spiegel« am 10. Oktober nicht den bestätigten Bundeskanzler auf dem Titelbild, sondern die beiden Kontrahenten Helmut *Kohl* und Franz Josef *Strauß* – *Strauß* überdimensioniert im Vergleich zu *Kohl*.<sup>14</sup> Am 19. November 1976 trafen sich die CSU-Bundestagsabgeordneten zu ihrer berühmt-berüchtigten Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth. Eine Mehrheit der Anwesenden stimmte dafür, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht fortzusetzen: der sogenannte Kreuther Trennungsbeschluss.<sup>15</sup> Friedrich *Zimmermann* wurde Vorsitzender der CSU-Landesgruppe. Darüber hinaus wollte die CSU künftig bei Wahlen bundesweit antreten. Bereits kurz nach der Trennungsnachricht kündigte der CDU-Vorsitzende Helmut *Kohl*, den die Nachricht von der Abstimmung in der Klausursitzung die CDU erreicht hatte, die Gründung von eigenen CDU-Organisationen in Bayern an. Die Mehrheit der CSU-Mitglieder und -Wählerschaft war gegen die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft, dennoch hielt *Strauß* zunächst daran fest.<sup>16</sup> Nach erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CSU und mehreren Verhandlungsrunden mit der CDU wurde der Kreuther Trennungsbeschluss drei Wochen später, am 12. Dezember 1976, zurückgenommen und es wurden Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU in der achten Wahlperiode beschlossen.<sup>17</sup>

In der Fraktionssitzung der SPD am 30. November 1976 sprach Herbert *Wehner* noch über die Möglichkeit, dass die SPD unter den gegebenen Voraussetzungen als derzeit stärkste Fraktion den Bundestagspräsidenten und einen Vizepräsidenten stellen würde.<sup>18</sup> Eine bereits vorgesehene Kandidatur von Karl *Carstens* (CDU) als Bundestagspräsident schien nun nicht mehr möglich. Der Fraktionsvorstand schlug Annemarie *Renger* als Bundestagspräsidentin und Hermann *Schmitt-Vockenhausen* als Vizepräsidenten vor.<sup>19</sup>

---

tor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 255–274; DIE CSU-LANDESGRUPPE 1949–1972, S. LIV–LX (Einleitung); DIE CSU-LANDESGRUPPE 1972–1983, S. 56\*–59\* (Einleitung).

14 »Der Spiegel«, Nr. 42 vom 10. Oktober 1976, Titelblatt.

15 Zu den Einzelheiten des Trennungsbeschlusses vgl. unter anderem »Archiv der Gegenwart« 1976, 22. November 1976, S. 20608–20610; DIE CSU-LANDESGRUPPE 1972–1983, S. 79\*–94\* (Einleitung). Vgl. auch den Artikel »Strauß spaltet die Union«; »Süddeutsche Zeitung« vom 20./21. November 1976, S. 1.

16 Zu Äußerungen von *Strauß* über *Kohl* vgl. u. a. den Artikel »Kohl ist total unfähig zum Kanzler«; »Der Spiegel«, Nr. 49 vom 29. November 1976, S. 31–34. Vgl. in dieser Ausgabe auch zahlreiche weitere Artikel zu »Kreuth«.

17 Zu einem Bericht des ehemaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Karl *Carstens* über Verhandlungen mit der CSU vgl. die Sitzung des CDU-Teils der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 7. Dezember 1976, SVP A (8. Wahlperiode/im Erscheinen), sowie im weiteren Verlauf des Protokolls auch die Reaktion auf den Bericht von *Carstens*. Zu »Voraussetzungen« für die Fraktionsgemeinschaft vgl. auch »Archiv der Gegenwart« 1976, 17. Dezember 1976, S. 20664–20669, hier S. 20668f. Zu den Verhandlungen vgl. auch VON JENA, Kai/SCHMOECKEL, Reinhard (Hrsg.): Karl Carstens. Erinnerungen und Erfahrungen, Boppard am Rhein 1993, S. 470–473. Zur Vereinbarung vgl. BERMBACH: Stationen, S. 176–178; DIE CSU-LANDESGRUPPE 1972–1983, S. 91\* (Einleitung).

18 Vgl. SPD-Fraktionssitzung am 30. November 1976, SVP A, Wortbeitrag Herbert *Wehner*. Alle genannten Fraktionsprotokolle sind – soweit nicht anders gekennzeichnet – aus der achten Wahlperiode und auch über <https://fraktionsprotokolle.de/> aufrufbar. Ein »Verzeichnis der Dokumente« mit der Liste aller Protokolle der achten Wahlperiode sowie der im Buch abgedruckten Protokolle mit den ausgewählten Sitzungsverlaufspunkten (in fett) befindet sich im Anschluss an die Einleitung.

19 Vgl. SPD-Fraktionssitzung am 30. November 1976, SVP A, Wortbeitrag Herbert *Wehner*. Bei der Wahl zur Kandidatur entfielen auf Annemarie *Renger* 151 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, auf Hermann *Schmitt-Vockenhausen* 150 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Zur Wahl vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 7. Dezember 1976, SVP B (7. Wahlperiode). Da an

Bei der Konstituierung des 8. Bundestages am 14. Dezember 1976 war die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU allerdings wieder hergestellt und hatte als größte Fraktion das Recht, den Bundespräsidenten vorzuschlagen.

Während die Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen, brachen nach dem Wahlkampf auch in der SPD-Fraktion Konflikte auf. So hatte sich etwa der linke Flügel der SPD-Fraktion, besonders Manfred *Coppik*, in der sogenannten *Rudel-Affäre* in Position gebracht und 40 SPD-Abgeordnete hatten in einem offenen Brief – bevor es eine Aussprache in der Fraktion gab – die Entlassung von zwei Generalen gefordert.<sup>20</sup> *Wehner* soll, so war in der Presse zu lesen, ange-sichts dieses Verhaltens über seinen Rücktritt nachgedacht haben.<sup>21</sup>

Die SPD/FDP-Koalition rang zudem am Ende der siebten und zu Beginn der achten Legislaturperiode um eine im Wahlkampf versprochene Rentenerhöhung. Der Rentenpolitik wurde eine »wachsende strategische Bedeutung« beigemessen, die eine »Dynamik einer zuletzt nahezu hemmungslosen Überbietungskonkurrenz [der Parteien] auslöste.«<sup>22</sup> Am 7. Dezember 1976 beschlossen Helmut *Schmidt* und Hans-Dietrich *Genscher* (FDP) noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die zum 1. Juli 1977 versprochene Rentenerhöhung um ein halbes Jahr zu verschieben, da es ein erhebliches Defizit in der Rentenversicherung gab. Im Wahlkampf hatte die Opposition bereits erhebliche Zweifel an der termingerechten Rentenerhöhung geäußert. Durch eine Bonner Indiskretion wurde das Rentendefizit frühzeitig bekannt und tags darauf erschienen erste Meldungen. Der Plan war nun, in einer »Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede« die Entscheidung zu begründen und um Verständnis zu werben.<sup>23</sup> Empörte SPD-Fraktionsmitglieder verlangten eine Sondersitzung, die am 9. Dezember wegen der Rentenfrage zusammenrat. *Schmidt* versuchte, die Übereinkunft mit der FDP durchzubringen.<sup>24</sup> In der Presse war von »Volkszorn«, »Regierungspfusch« und »Rentenbetrug« die Rede.<sup>25</sup> Nach heftigen Protesten in der Fraktion, innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit wurde die Ankündigung revidiert.<sup>26</sup>

---

dieser Fraktionssitzung sowohl Fraktionsmitglieder der siebten Wahlperiode als auch der achten Wahlperiode teilnahmen, ist die Zuordnung nicht eindeutig. Das Fraktionsprotokoll wurde bereits im Zusammenhang mit der siebten Wahlperiode ediert. Der Vorsitzende kündigte jeweils vor den Abstimmungen an, welche Fraktionsmitglieder – ob die der siebten oder der achten Wahlperiode – in diesem Zusammenhang stimmberechtigt seien. Zu den internen Abstimmungen in den Fraktionen vgl. auch den Artikel »Das neue Bundestagspräsidium nimmt Gestalt an«; »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 9. Dezember 1976, S. 3.

20 Zur *Rudel-Affäre* DIE SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG 1972–1976, S. 71\* (Einleitung); SCHILLING, Daniel: Die Rudel-Affäre 1976. Genese, Wirkung und Folgen eines politischen Skandals, Berlin 2020. Zur Aussprache in der Fraktion vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 9. November 1976 (7. Wahlperiode).

21 Vgl. u. a. den Artikel »Wehnerns politische Nachtgedanken. Zwischen Resignation und Weitermachen«; »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. November 1976, S. 3. Vgl. auch den Artikel »Wegen der Generale tritt Wehner nicht zurück«; »Frankfurter Rundschau« vom 13. November 1976, S. 1.

22 Dies ist auch im Zusammenhang mit der Rentenreform von 1972 zu sehen. Vgl. HOCKERTS: Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz, S. 905, vgl. auch S. 909.

23 Theo Sommer: »Doppelter Fehlstart in Bonn. Opposition und Koalition gehen angeschlagen in die achte Legislaturperiode«; »Die Zeit«, Nr. 52 vom 17. Dezember 1976, S. 1.

24 Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 9. Dezember 1976.

25 Dramatisch zugespitzt schilderte der »Spiegel« die Reaktionen in der Öffentlichkeit und bei Privatpersonen. Vgl. den Artikel »Der Renten-Skandal: ›Wirklich das Dümmlste‹«; »Der Spiegel«, Nr. 51 vom 12. Dezember 1976, S. 23–29.

26 Ausführlich dazu: SCHMÄHL: Sicherung bei Alter, besonders S. 432–439. Zur Vorgeschichte vgl. auch: HOCKERTS: Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz, hier S. 930; FAULEN-

Da das Rentenversprechen auf der Grundlage von Zahlen beruhte, die Walter *Arendt*, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, vorgelegt hatte, übernahm dieser die Verantwortung für ein 83-Milliarden-Defizit der Rentenversicherung in den folgenden vier Jahren und zog sich vom Ministerposten zurück.<sup>27</sup> In sein Amt folgte der Volkswirtschaftler Herbert *Ehrenberg* nach, der ursprünglich wie bereits von 1972 bis 1976 als Parlamentarischer Staatssekretär für *Arendt* vorgesehen war.<sup>28</sup>

Sowohl für die sozial-liberale Koalition als auch für die CDU/CSU-Fraktion war es mit hin ein holpriger Start in die achte Wahlperiode. Die Presse sprach von einem »doppelten Fehlstart« und von »Vertrauenskrise«, nicht wenige Pressekommentare stellten gar die Legitimität der Regierung infrage.<sup>29</sup> Helmut *Schmidt* leitete seine Regierungserklärung mit einer Entschuldigung und einer Erklärung zum Rentendefizit ein.<sup>30</sup>

Im Oktober 1976 prophezeite der »Spiegel« noch düster, der Regierungskoalition stünden »vier graue Jahre« bevor, da die Rentenfinanzen und das Gesundheitswesen saniert und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden müssten, was zwar politisch arbeitsintensiv, aber doch nur selbstverständliche Pflichtaufgabe sei.<sup>31</sup> Die SPD-Fraktionsprotokolle dieser vier Jahre sprechen aber eine andere Sprache.

Denn es gab dramatische Ereignisse wie den sogenannten Deutschen Herbst 1977: die Entführung und Ermordung Hanns Martin *Schleyers* durch Linksterroristen, die Entführung der »Landshut« und in deren Folge intensive Debatten in der Fraktion über die innere Sicherheit und Freiheitsrechte. Neben dem, was als selbstverständliche Pflichtaufgabe beschrieben wurde, gab es viele Sitzungen, die ein Ringen aufzeigten um die künftigen Wege im Innern der Fraktion und in der sozial-liberalen Koalition sowie zwischen Fraktion und Regierung um eine auf die Zukunft ausgerichtete Energiepolitik, um gesellschaftliche Veränderungen, terroristische Bedrohung, innere und äußere Sicherheitspolitik und um den Umgang mit internationalen wirtschaftlichen sowie politischen Krisen. Die Fraktion bearbeitete eine Vielfalt an Themen von der Wirtschaftspolitik bis zur Umweltpolitik und zu den neuen sozialen Bewegungen, von außenpolitischen Konflikten bis

---

BACH: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 484f. Vgl. neben der bereits genannten SPD-Frak tions sitzung am 9. Dezember 1976 auch die SPD-Fraktionssitzung am 18. Januar 1977.

27 *Arendt* soll mehrfach bereits vor der Wahl auf das Rentendefizit hingewiesen, *Schmidt* dies aber vor den Wahlen abgeblockt haben. Vgl. MIERZEJEWSKI, Alfred C.: The Party's Over. The End of the Welfare State Boom in Western Europe, Lanham (Md.) 2021, Chapter 6, S. 239–279; vgl. auch SCHMÄHL: Sicherung bei Alter, besonders S. 432–439. SCHMÄHL, S. 437, Anm. 229, zufolge, sei *Arendt* schon zuvor amtsmüde gewesen und soll bereits mehrfach mit Rücktritt gedroht haben. Er sei nicht, wie in manchen Darstellungen behauptet, zum »Opfer auf der Schlachtbank des Rentendebakels« geworden. So z.B. bei JÄGER: Die Innenpolitik, S. 64. Vgl. auch den Artikel »Arbeitsminister Arendt verzichtet auf sein Amt«; »Süddeutsche Zeitung« vom 16. Dezember 1976, S. 1.

28 Zum Artikel von Rolf Zundel vgl. »In letzter Minute zu Ministerwürden. Herbert Ehrenberg übernahm von Walter Arendt das Sozialressort«; »Die Zeit«, Nr. 53/1 vom 24. Dezember 1976, S. 4.

29 Zum Artikel von Theo Sommer vgl. »Doppelter Fehlstart in Bonn. Opposition und Koalition gehen angeschlagen in die achte Legislaturperiode«; »Die Zeit«, Nr. 52 vom 17. Dezember 1976, S. 1; vgl. das Titelblatt der Ausgabe des »Spiegel«, Nr. 51 vom 12. Dezember 1976; vgl. Rolf Zundel: »In letzter Minute zu Ministerwürden«; »Die Zeit«, Nr. 53/1 vom 24. Dezember 1976, S. 4; »Gerührte, Geprellte und kühle Rechner«; »Süddeutsche Zeitung« vom 14. Dezember 1976, S. 3.

30 *Schmidt* führte eingangs aus: »Der Regierungserklärung soll ein Wort zum Rententhema vorangestellt werden, das in der vorigen Woche die Diskussion beherrscht hat. Kein Zweifel: Es hat zu einer ernsthaften Beunruhigung und zu einer Belastung des Vertrauens in die sozial-liberale Koalition und in die Bundesregierung geführt.« Zur Regierungserklärung vgl. die 5. Sitzung am 16. Dezember 1976 im Plenum des Bundestages (BT Plenarprotokoll 08/05, hier S. 31).

31 Artikel »Koalition: Jetzt müssen wir was machen«; »Der Spiegel«, Nr. 42 vom 10. Oktober 1976, S. 21–23.

zur veränderten Stellung der Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft sowie Konfliktlinien und Kontroversen in der Fraktion. Die Themen und Aufgaben, mit denen sich die SPD-Fraktion zwischen 1976 und 1980 auseinandersetzte, wirken an vielen Stellen wie ein Brückenschlag von der Bonner Republik in die Berliner Republik. Einige Problemfelder beschäftigen die Politik und die Gesellschaft bis heute und haben sich über die Jahrzehnte weiter verschärft wie der Klimawandel, Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen, der Umgang mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie und der Aufbewahrung der Brennstäbe, die Balance zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben, auch im Hinblick auf Transferleistungen, bei der Verkehrspolitik der Umgang mit der Zunahme des Autoverkehrs und verkehrsberuhigende Maßnahmen sowie Lärmschutz, in der Sicherheitspolitik die richtige Balance zwischen Abschreckung und Abrüstung, in der Außenpolitik der Israel-/Palästina-Konflikt, die Politik gegenüber der Sowjetunion/Russland, die sich am Ende der Legislaturperiode im Afghanistankonflikt zuspitzte, der Umgang mit der iranischen Revolution und nicht zuletzt Auseinandersetzungen mit antidemokratischen Bewegungen in der parlamentarischen Demokratie.